

Die richtige Wahl? – Bundestagswahl 2009

Welcher Partei gebe ich am 27. September bei der Bundestagswahl meine Stimme? Diese Frage stellen sich wahrscheinlich auch viele Leserinnen und Leser des „Bayerischen Ärzteblattes“. Die Redaktion hat deshalb die aktuell im Bundestag vertretenen Fraktionen um eine Stellungnahme zum deutschen Gesundheitswesen gebeten. Vier kurze Fragen zur Gesundheitspolitik und vier mehr oder weniger prägnante Antworten von den jeweiligen gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Bundestagsfraktionen präsentieren wir Ihnen in diesem Beitrag. Vielleicht fällt die Wahlentscheidung dann etwas leichter. Nachdem wahrscheinlich keine Partei die absolute Mehrheit erreichen wird,

wird auch die nächste Regierung aus zwei oder mehr Parteien bestehen. Je nach Zusammensetzung der Regierung werden in einer Koalitionsvereinbarung unterschiedliche Schwerpunkte in der Gesundheitspolitik gesetzt. Vielleicht wird der viel geschmähte Gesundheitsfonds wieder abgeschafft, eine Bürgerversicherung eingeführt, das Honorarsystem der Ärztinnen und Ärzte auf völlig neue Füße gestellt oder es bleibt alles so wie es ist. Erfolgsrezepte bietet jede Partei, ob es dann auch schmeckt, ist eine andere Frage.

Die Redaktion



Annette Widmann-Mauz, MdB
(CDU/CSU)

Kurskorrekturen notwendig

Wo sehen Sie die Knackpunkte im deutschen Gesundheitswesen?

Angesichts des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts und des demografischen Wandels müssen wir alles tun, damit unser Gesundheitswesen zukunfts- und tragfähig bleibt. Daher halten wir die Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung vor allem in ländlichen Regionen für besonders wichtig. Wir wollen dafür sorgen, dass alle an echten Innovationen teilhaben können. Es gilt die gesetzliche Krankenversicherung auch im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit weiterzuentwickeln.

Welche drei Gesundheitsthemen würden Sie in der Regierungsverantwortung zuerst anpacken?

Wir wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland – unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft oder gesundheitlichem Risiko – eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Daher halten wir Kurskorrekturen wie beispielsweise beim ärztlichen Honorarsystem, beim Risikostrukturausgleich und bei der Neudefinition der Pflegebedürftigkeit für erforderlich.

Welchen Beitrag erwarten Sie von den Ärztinnen und Ärzten?

Die Freien Berufe in einem selbstverwalteten Gesundheitswesen gewährleisten eine fachlich hochwertige medizinische Versorgung und bieten so Versorgungssicherheit. Die Freien Berufe müssen auch weiterhin eine der tragenden Säulen erstklassiger Patientenversorgung sein und wir werden bürokratische Vorgaben und Dokumentationspflichten drastisch auf ein Maß reduzieren, das zur Abrechnung und Qualitätssicherung unabdingbar notwendig ist und mehr regionale vertragliche Gestaltungsräume schaffen.

Warum sollte eine Ärztin oder ein Arzt Ihre Partei wählen?

Die Union steht für Planbarkeit, Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit, Freiberuflichkeit, Dialogbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein.

Wir wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft der Ärzte stärken. Ziel ist es, eine leistungsgerechte, qualitätsorientierte und besonderen regionalen Rahmenbedingungen Rechnung tragende vertragsärztliche Vergütung, die die Besonderheiten der Leistungen der einzelnen Arztgruppen berücksichtigt und mit festen Euro-Preisen Planungssicherheit gibt.

Annette Widmann-Mauz, MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion





Dr. Carola Reimann, MdB (SPD)

Keine Zwei-Klassen-Medizin

Wo sehen Sie die Knackpunkte im deutschen Gesundheitswesen?

In der starken Ausrichtung auf die Behandlung von Krankheiten bzw. die Linderung ihrer Folgen und die im Vergleich dazu mangelnde Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung. Außerdem in einer immer noch zu geringen Qualitätsorientierung in Verbindung mit mangelnder Transparenz und zu wenig Patientenorientierung. Auch die Kooperation

zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, Einrichtungen und Versorgungsbereichen ist nach wie vor verbesserungswürdig.

Welche drei Gesundheitsthemen würden Sie in der Regierungsverantwortung zuerst anpacken?

- Präventionsgesetz
- Patientenrechtegesetz
- Korruptionsbekämpfung

Welchen Beitrag erwarten Sie von den Ärztinnen und Ärzten?

Eine dauerhafte Konfrontation zwischen Politik und Ärzteschaft nutzt niemandem. Um die anstehenden Probleme im Gesundheitswesen lösen zu können, brauchen wir die Unterstützung der Ärzteschaft. Ich wünsche mir deshalb weniger einkommensorientierte Polemik, statt dessen eine bessere Informationslage in eigener Sache und mehr Sachlichkeit bei der Information der Patientinnen und Patienten. Auch der Ärzteschaft würde es helfen, wenn in der Öffentlichkeit nicht nur die gefühlte Unterbezahlung einiger Verlierer das Bild des Berufsstandes prägen würde.

Warum sollte eine Ärztin oder ein Arzt Ihre Partei wählen?

Weil die SPD dafür steht, dass unser Gesundheitswesen auf Dauer solidarisch und gerecht finanziert wird und alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den medizinisch notwendigen Leistungen haben. Eine schwarz-gelbe Gesundheitspolitik würde dagegen zu Privatisierung und Leistungsausgrenzungen führen. Die SPD will verhindern, dass die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Grundversorgung zusammengesetzt wird. Der Weg von Union und FDP führt direkt in die Zwei-Klassen-Medizin. Das kann auch nicht im Interesse der Ärzteschaft liegen.

Dr. Carola Reimann, MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion



Daniel Bahr, MdB (FDP)

Gesundheitsfonds abschaffen

Wo sehen Sie die Knackpunkte im deutschen Gesundheitswesen?

Das deutsche Krankenversicherungssystem ist durch die letzten Reformen deutlich in Richtung eines zentralistischen, staatsgesteuerten Einheitskassensystems verschoben worden. Patienten, Versicherte und Leistungserbringer werden zunehmend gegängelt und in standardisierte Schablonen gepresst. Die Versorgung ist teurer, aber nicht besser geworden. Die Lasten des demografischen Wandels werden weiterhin auf die nachfolgenden Generationen verschoben.

Welche drei Gesundheitsthemen würden Sie in der Regierungsverantwortung zuerst anpacken?

Die FDP will den weiteren Marsch in Richtung Staatsmedizin und Einheitskasse verhindern. Der Gesundheitsfonds gehört schnellstmöglich abgeschafft und die Beitragsautonomie wieder hergestellt. Benötigt wird mehr Wettbewerb zu klaren und fairen rechtlichen Bedingungen, damit Qualität zu günstigen Preisen gesichert wird und gute Ideen sich durchsetzen können. Das muss ergänzt werden um Wahlrechte für die Patienten und Versicherten und bessere Arbeitsbedingungen für alle, die im Gesundheitswesen tätig sind.

Welchen Beitrag erwarten Sie von den Ärztinnen und Ärzten?

Ohne eine hohe Motivation aller im Gesundheitswesen Tätiger, auch der Ärzte, wird das gute Gesundheitsniveau kaum zu halten sein. Dafür müssen Leistungsanreize richtig gesetzt werden, mit leistungsgerechter Honorierung gerade auch für Hausbesuche und Gesprächsleistungen. Freiräume für verantwortliches Handeln müssen geschaffen und dann durch die Akteure auch ausgefüllt werden. Unsere Forderung nach Therapiefreiheit bedeutet auch eine Therapieverantwortung des Arztes.

Warum sollte eine Ärztin oder ein Arzt Ihre Partei wählen?

Freiberuflichkeit hat für die FDP Vorrang vor der Institutionalisierung. Niedergelassene, freiberuflich tätige Ärzte sind der Garant für eine gute und flächendeckende medizinische Versorgung der Bevölkerung. Die viel zu viel Zeit der Patienten raubende Überregulierung muss abgebaut werden. An die Stelle hochkomplizierter ärztlicher Vergütungssysteme mit mehr oder weniger versteckter Budgetierung muss nach unserer Auffassung eine einfache, leistungsgerechte und transparente Gebührenordnung treten.

Daniel Bahr, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion





Bürgerversicherung hat Priorität

Wo sehen Sie die Knackpunkte im deutschen Gesundheitswesen?

Das deutsche Gesundheitswesen ist zu einseitig auf die Kuration und die Intensivakutbehandlung ausgerichtet. Notwendig ist es, die Behandlung chronischer Erkrankungen sowie die Prävention und Gesundheitsförderung stärker mit in den Blick zu nehmen. Im Gegensatz zu anderen Gesundheitssystemen fehlen in der Regelversorgung die Vernetzung der

ambulanten und stationären Versorgung, regionale Kooperationen und eine enge Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Gesundheitsberufen.

Welche drei Gesundheitsthemen würden Sie in der Regierungsverantwortung zuerst anpacken?

Wir halten die Zweiteilung unseres Krankenversicherungssystems in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der privaten Krankenversicherung für sozial ungerecht. Daher hat die Bürgerversicherung, zu deren Finanzierung alle Bürgerinnen und Bürger mit allen ihren Einkunftsarten beitragen, die höchste Priorität. Ein Präventionsgesetz und bessere Rahmenbedingungen für die Integrierte Versorgung sowie andere Modelle der vernetzten Zusammenarbeit, sind wichtige Schritte, um die Gesundheitsversorgung zukunftssicher zu machen.

Welchen Beitrag erwarten Sie von den Ärztinnen und Ärzten?

Ich wünsche mir mehr Ärztinnen und Ärzte, die neue Formen der Versorgung und der Zusammenarbeit – seien es Qualitätszirkel, seien es regionale Versorgungsmodelle, seien es selbstorganisierte Medizinische Versorgungszentren oder regionale IV-Verträge in der integrierten Versorgung – ausprobieren und weiterentwickeln. Ich wünsche mir die Diskussion, Entwicklung und Anwendung von Leitlinien für multimorbide Patientinnen und Patienten. Ich wünsche mir, dass unser Anliegen einer stärkeren Patientenorientierung aufgegriffen und umgesetzt wird.

Warum sollte eine Ärztin oder ein Arzt Ihre Partei wählen?

Weil wir Grünen uns für die Stärkung von Hausärztinnen und -ärzten als Lotsen im System einsetzen. Weil wir auf eine vernetzte, berufsgruppenübergreifende Arbeit setzen, die Ärztinnen und Ärzte entlasten kann. Weil wir uns im Interesse der Patientinnen und Patienten aber auch der Ärztinnen und Ärzte für die Stärkung der sprechenden Medizin, mehr Transparenz und Qualitätssicherung einsetzen.

Biggi Bender, MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Solidarische Bürgerversicherung

Wo sehen Sie die Knackpunkte im deutschen Gesundheitswesen?

Erstens in der ungerechten Finanzierung: Nur Arbeitnehmer und Rentner, nicht aber Selbstständige, Gutverdiener, Beamte und Berufspolitiker sind in der gesetzlichen Krankenversicherung. Auch sind keine Beiträge auf Vermögenseinkünfte zu zahlen. Zweitens: Die Kommerzialisierung und Privatisierung führt dazu, dass Profitinteressen und nicht Patienteninteressen an erster Stelle stehen. Drittens ist das System intransparent und undemokratisch.

Welche drei Gesundheitsthemen würden Sie in der Regierungsverantwortung zuerst anpacken?

Dementsprechend wollen wir erstens eine soziale und solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung einführen, in die jede und jeder den gleichen prozentualen Anteil seines gesamten Einkommens einzahlt. Bei gleichzeitiger Abschaffung aller Zuzahlungen wäre dies mit einem Beitragssatz von zehn Prozent statt 14,9 Prozent finanziert. Zweitens wollen wir Kommerzialisierung und Privatisierung stoppen und das System vom Patienten her denken. Drittens wollen wir regionale Gesundheitskonferenzen mit eigenem Budget.

Welchen Beitrag erwarten Sie von den Ärztinnen und Ärzten?

In diesem Jahr gab es viele Fälle, in denen Patientinnen und Patienten vor verschlossenen Türen standen oder von denen ihr/e Arzt/Ärztin Vorkasse verlangte. Wir erwarten als erstes, dass diese Abzocke der Patienten aufhört. Zweitens wollen wir eine flächendeckende ambulante Versorgung. Dazu ist die Kooperation der Ärztinnen und Ärzte bei der Besetzung von Praxen in unterversorgten Regionen unbedingt notwendig. Hierbei wollen wir diese Praxen aber auch unterstützen.

Warum sollte eine Ärztin oder ein Arzt Ihre Partei wählen?

Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern verbessern. Zur Überwindung der Finanznot der Krankenhäuser haben wir bereits in den vergangenen Jahren konkrete Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir wollen eine gerechte Honorierung aller ambulanten Ärzte erreichen. Dazu wollen wir die derzeitige Praxis beenden, dass einige wenige Arztgruppen sich auf Kosten ihrer Kolleginnen und Kollegen bereichern. Die Selbstverwaltung wollen wir auch mit regionalen Gesundheitskonferenzen stärken.

Frank Spieth, MdB, gesundheitspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

